



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen
Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Frieser: Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen beschlossen- Nürnberg profitiert in Millionenhöhe - Stadtspitze sollte Jammerton beenden

Nürnberg, 28.10.11
Bezug:
Anlagen:

Michael Frieser, MdB

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46
90402 Nürnberg
Telefon: +49 911-24154432
Fax: +49 911-2369051
michael.frieser@wk.bundestag.de

In dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen mit den Stimmen der christlich-liberalen Koalition beschlossen. Dazu erklärt der direkt gewählte CSU-Bundestagsabgeordnete für Nürnberg-Süd und Schwabach, Michael FRIESER, Mitglied der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU:

„Das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen ist ein Meilenstein. Allein die Stadt Nürnberg wird durch die schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund bis 2014 um 70 Millionen Euro entlastet. Der wirtschaftliche Aufschwung ist in den Kommunen angekommen. Das Defizit der ersten Jahreshälfte fiel um 3,5 Milliarden Euro geringer aus als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig stiegen die Steuereinnahmen um 12,8%. Die historisch niedrige Arbeitslosenzahl beschert den Kommunen einerseits mehr Steuereinnahmen und reduziert andererseits die Ausgaben für soziale Leistungen. Diese werden künftig durch das beschlossene Gesetz der Bundesregierung zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen noch weiter sinken. Darin wird festgelegt, dass der Bund schrittweise die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt. Das Gesetz reiht sich ein in einen Fülle von Maßnahmen zugunsten der Kommunen. Das Bildungspaket für Kinder aus einkommensschwachen Familien, der Erhalt der Gewerbesteuer und das anhaltend hohe Niveau der Städtebauförderung seien hier nur beispielhaft genannt.

Doch statt die Größe aufzubringen, diese kommunalfreundliche Grundsatzentscheidungen auch einmal anzuerkennen, überziehen die Nürnberger SPD und ihre Vertreter an der Stadtspitze die Bundesregierung mit Pauschalkritik und jammern beständig in Richtung Berlin und München. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt - denn Sparvorschläge zum Nürnberger Haushalt kommen von der Konkurrenz derweil leider nicht.“

Redaktion: Tobias Schmidt